

KAPITEL 2. — *Dienstleistungen gleichgesetzte Leistungen*

Art. 5 - In Artikel 19 § 2 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Gesetz vom 28. Dezember 1992, wird Absatz 1 wie folgt ersetzt:

“§ 2 - Einer Dienstleistung gegen Entgelt gleichgesetzt wird ebenfalls die Ausführung von Immobilienarbeiten durch den Steuerpflichtigen:

1. für den Bedarf seiner wirtschaftlichen Tätigkeit, wenn die Ausführung solcher Arbeiten durch einen anderen Steuerpflichtigen nicht zum vollen Abzug der Mehrwertsteuer berechtigen würde,
2. auf unentgeltliche Weise, für seinen privaten Bedarf oder für den Bedarf seines Personals oder allgemein für unternehmensfremde Zwecke.

In Abweichung von Absatz 1 Nr. 1 werden Arbeiten zum Bau eines Gebäudes, die von einem in Artikel 12 § 2 erwähnten Steuerpflichtigen ausgeführt werden, und Reparatur-, Unterhalts- und Reinigungsarbeiten nicht einer Dienstleistung gegen Entgelt gleichgesetzt.”

KAPITEL 3. — *Einfuhr - Regelung für den aktiven Veredelungsverkehr*

Art. 6 - In Artikel 23 § 4 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Gesetz vom 28. Dezember 1992 und abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 29. Dezember 1992 und 22. Dezember 1995, wird Nr. 6 wie folgt ersetzt:

“6. einer Regelung für den aktiven Veredelungsverkehr unterliegt.”

KAPITEL 4. — *Steuerbefreiung bei der Lieferung von auf hoher See eingesetzten Schiffen*

Art. 7 - In Artikel 42 § 1 Absatz 1 Nr. 1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Gesetz vom 28. Dezember 1992, werden die Buchstaben *a)* und *b)* wie folgt ersetzt:

- “*a)* Schiffen, die auf hoher See für die Beförderung von Personen gegen Entgelt oder bei der Ausübung einer gewerblichen oder kommerziellen Tätigkeit oder in der Fischerei eingesetzt werden,
- b)* Bergungs- oder Rettungsschiffen auf See und Schiffen, die in der Küstenfischerei eingesetzt werden.”

KAPITEL 5. — *Technische Abänderungen in Bezug auf die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften*

Art. 8 - In Artikel 25ter § 1 Absatz 2 Nr. 2 einleitender Satz desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 28. Dezember 1992, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 29. Dezember 1992 und abgeändert durch das Gesetz vom 29. Dezember 2010, werden die Wörter “Richtlinie 92/12/EWG” durch die Wörter “Richtlinie 2008/118/EG” ersetzt.

Art. 9 - In Artikel 39bis Absatz 1 Nr. 3 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 28. Dezember 1992, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 29. Dezember 1992 und zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 15. Mai 2014, werden die Wörter “Artikel 7 Absatz 4 und 5 oder Artikel 16 der Richtlinie 92/12/EWG” durch die Wörter “Artikel 35 oder Artikel 36 der Richtlinie 2008/118/EG” ersetzt.

Art. 10 - In Artikel 39quater § 2 Nr. 1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 22. Dezember 1995, werden die Wörter “Artikel 4 Buchstabe *b)* der Richtlinie 92/12/EWG” durch die Wörter “Artikel 4 Ziffer 11 der Richtlinie 2008/118/EG” ersetzt.

KAPITEL 6. — *Technische Abänderungen in Bezug auf die nationalen Rechtsvorschriften*

Art. 11 - In Artikel 44 § 2bis Absatz 3 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 26. Mai 2016, werden die Wörter “oder für die er nicht steuerpflichtig ist” aufgehoben.

Art. 12 - In Artikel 53octies § 2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 28. Dezember 1992 und ersetzt durch das Gesetz vom 7. Dezember 2006, werden die Wörter “in den Artikeln 53 § 1 Absatz 1 Nr. 2” durch die Wörter “in den Artikeln 53 § 1 Absatz 1 Nr. 1 und 2” ersetzt.

Art. 13 - *[Abänderung des französischen Textes von Artikel 77bis desselben Gesetzbuches]*

Gegeben zu Brüssel, den 29. November 2017

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Finanzen
J. VAN OVERTVELDT

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz
K. GEENS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2018/31728]

6 JUNI 2018. — Koninklijk besluit betreffende de administratieve sanctieprocedure bedoeld in de wet van 2 oktober 2017 tot regeling van de private en bijzondere veiligheid. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 6 juni 2018 betreffende de administratieve sanctieprocedure bedoeld in de wet van 2 oktober 2017 tot regeling van de private en bijzondere veiligheid (*Belgisch Staatsblad* van 21 juni 2018).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2018/31728]

6 JUIN 2018. — Arrêté royal relatif à la procédure de sanction administrative visée à la loi du 2 octobre 2017 réglementant la sécurité privée et particulière. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 6 juin 2018 relatif à la procédure de sanction administrative visée à la loi du 2 octobre 2017 réglementant la sécurité privée et particulière (*Moniteur belge* du 21 juin 2018).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2018/31728]

6. JUNI 2018 — Königlicher Erlass über das im Gesetz vom 2. Oktober 2017 zur Regelung der privaten und besonderen Sicherheit vorgesehene Verfahren für Verwaltungssanktionen — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 6. Juni 2018 über das im Gesetz vom 2. Oktober 2017 zur Regelung der privaten und besonderen Sicherheit vorgesehene Verfahren für Verwaltungssanktionen.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

6. JUNI 2018 — Königlicher Erlass über das im Gesetz vom 2. Oktober 2017 zur Regelung der privaten und besonderen Sicherheit vorgesehene Verfahren für Verwaltungssanktionen

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 2. Oktober 2017 zur Regelung der privaten und besonderen Sicherheit, der Artikel 234 und 235;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 27. März 2018;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 63.275/2 des Staatsrates vom 2. Mai 2018, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag Unseres Ministers der Sicherheit und des Innern

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL 1 — *Begriffsbestimmungen*

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. Gesetz: Gesetz vom 2. Oktober 2017 zur Regelung der privaten und besonderen Sicherheit,
2. Zuwiderhandelnder: natürliche oder juristische Person, die den Bestimmungen des Gesetzes und seiner Ausführungserlasse zuwiderhandelt und Gegenstand eines Protokolls ist,
3. zivilrechtlich haftende Person: in Artikel 250 des Gesetzes erwähnte natürliche oder juristische Person,
4. Verwarnung: in Artikel 238 des Gesetzes erwähnte Verwarnung,
5. gütliche Einigung: in den Artikeln 240 und 241 des Gesetzes erwähnte Einigung,
6. administrative Geldbuße: die in Artikel 242 des Gesetzes erwähnte Geldbuße.

KAPITEL 2 — *Sanktionierender Beamter*

Art. 2 - Der Generaldirektor der Generaldirektion Sicherheit und Vorbeugung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Inneres und die Staatsbediensteten oder Personalmitglieder mindestens der Klasse A2, die zu der oben erwähnten Generaldirektion gehören, werden bestimmt, um die in Artikel 237 des Gesetzes vorgesehenen Sanktionen aufzuerlegen.

KAPITEL 3 — *Sanktionsverfahren**Abschnitt 1 — Verwarnung*

Art. 3 - Die Verwarnung wird dem Zuwiderhandelnden per Einschreibesendung notifiziert.

Abschnitt 2 — Gütliche Einigung

Art. 4 - Der Vorschlag einer gütlichen Einigung wird dem Zuwiderhandelnden per Einschreibesendung notifiziert. Die Zahlung der gütlichen Einigung erfolgt durch Banküberweisung.

Abschnitt 3 — Administrative Geldbuße

Art. 5 - Das Verfahren zwecks Auferlegung einer administrativen Geldbuße wird per Einschreibesendung eingeleitet.

In dieser Post werden vermerkt:

1. die Taten und ihre Qualifizierung,
2. die Möglichkeit für den Zuwiderhandelnden, binnen einer Frist von dreißig Tagen ab dem Datum des Erhalts der Post, durch die das Verfahren zwecks Auferlegung einer administrativen Geldbuße eingeleitet wird, Verteidigungsmittel geltend zu machen. Wenn die Notifizierung per Einschreibebrief auf Papier erfolgt, läuft die Frist ab dem dritten Werktag nach dem Werktag, an dem der Brief den Postdiensten übergeben wurde, außer wenn der Adressat das Gegenteil beweist,
3. die Möglichkeit für den Zuwiderhandelnden, sich in allen Phasen des Verfahrens von einem Beistand beistehen zu lassen,
4. die Möglichkeit für den Zuwiderhandelnden oder seinen Beistand, eine Kopie des Protokolls zu erhalten.

Die Kopie des Protokolls wird schriftlich beim sanktionierenden Beamten beantragt.

Art. 6 - Die Verteidigungsmittel werden dem sanktionierenden Beamten per Einschreibebrief oder per elektronische Post zugeschickt.

Der Zuwiderhandelnde oder sein Beistand kann in dem Brief oder der elektronischen Post mit den Verteidigungsmitteln beantragen, die Verteidigungsmittel mündlich vorzubringen. Nach Untersuchung der Akte lädt der sanktionierende Beamte den Zuwiderhandelnden zwecks Anhörung vor, wenn er der Meinung ist, dass zusätzliche Auskünfte nötig sind.

Art. 7 - Der Beschluss, durch den eine administrative Geldstrafe auferlegt wird, wird per Einschreibesendung notifiziert.

Er wird dem Zuwiderhandelnden und gegebenenfalls der zivilrechtlich haftenden Person notifiziert.

Die Zahlung der Geldbuße erfolgt durch Banküberweisung.

KAPITEL 4 — *Schlussbestimmungen*

Art. 8 - Der Königlicher Erlass vom 17. Dezember 1990 über die in Artikel 19 des Gesetzes vom 10. April 1990 über Wachunternehmen, Sicherheitsunternehmen und interne Wachdienste erwähnten administrativen Geldbußen wird aufgehoben.

Art. 9 - Vorliegender Erlass tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Art. 10 - Der für Inneres zuständige Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 6. Juni 2018

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Minister der Sicherheit und des Innern

J. JAMBON

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN, FEDERALE OVERHEIDSDIENST ECONOMIE, K.M.O., MIDDENSTAND EN ENERGIE EN FEDERAAL AGENTSCHAP VOOR NUCLEAIRE CONTROLE

[2018/203846]

30 JULI 2018. — Koninklijk besluit betreffende elementen van een nucleaire installatie bestemd voor de industriële productie van elektriciteit die dienen voor de transmissie van elektriciteit en onderworpen zijn aan de controle van het Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle

VERSLAG AAN DE KONING

Sire,

Wij hebben de eer aan Uwe Majesteit een Koninklijk Besluit betreffende de kritieke infrastructuur onderworpen aan de controle van het Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle ter ondertekening voor te leggen.

Dit besluit beoogt de uitvoering van de bepalingen van de wet van 1 juli 2011 betreffende de controles op de kritieke infrastructuur bedoeld in artikel 30 van bovengenoemde wet, dat artikel 15*bis* invoegt in de wet van 15 april 1994 betreffende de bescherming van de bevolking en van het leefmilieu tegen de uit ioniserende stralingen voortspruitende gevaren en betreffende het Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle.

Dit artikel breidt de bevoegdheden van het Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle (hierna: het Agentschap) uit tot de controles van de toepassing van de bepalingen van de wet van 1 juli 2011 op "de elementen" van een nucleaire installatie "bestemd voor de industriële productie van elektriciteit" "die dienen voor de transmissie van de elektriciteit en die werden aangeduid als kritieke infrastructuur krachtens" bovengenoemde wet.

Deze bepaling wordt gerechtvaardigd door het feit dat de nucleaire installaties reeds gecontroleerd worden door het Agentschap binnen de grenzen vastgesteld bij de wet van 15 april 1994 en zijn uitvoeringsbesluiten. Hoewel er al verschillende jaren controles bestaan door nucleaire deskundigen, is het opportuener en doeltreffender gebleken om de controle van de naleving van de verplichtingen door de exploitanten van de kritieke infrastructuur zoals bedoeld in artikel 15*bis* inzake de beveiliging van de zogenaamde kritieke infrastructuur toe te vertrouwen aan het Agentschap in plaats van een nieuwe staf van deskundigen te moeten samenstellen met eveneens een uitgebreide kennis van nucleaire installaties en van hun fysieke bescherming waarvan de fundamentele geregeld worden door een andere regelgeving.

Het feit dat alle controles uitgevoerd worden door dezelfde entiteit garandeert aan de exploitanten van de kritieke infrastructuur zoals bedoeld in artikel 15*bis* een grotere rechtszekerheid. Op die manier hoeven sommige maatregelen, bedoeld om kwaadwillige handelingen die schadelijk zijn voor de verschillende componenten van de installatie te voorkomen, te vertragen en in voorkomend geval, erop te reageren, niet door twee verschillende inspecties gecontroleerd te worden. Op die manier is het risico onbestaande dat er verschillende en zelfs tegenstrijdige benaderingen en eisen ontwikkeld worden.

Daarnaast, en in de exacte mate waarin de exploitant van de nucleaire installatie betrokken is bij de beveiliging van de kritieke infrastructuur, kan hij zowel op administratief als op technisch vlak de aspecten van de beveiliging van de kritieke installatie waarvoor hij

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR, SERVICE PUBLIC FEDERAL ECONOMIE, P.M.E., CLASSES MOYENNES ET ENERGIE ET AGENCE FEDERALE DE CONTROLE NUCLEAIRE

[2018/203846]

30 JUILLET 2018. — Arrêté royal relatif aux éléments d'une installation nucléaire destinée à la production industrielle d'électricité qui servent au transport d'électricité, désignés comme infrastructure critique et soumis au contrôle de l'Agence Fédérale de Contrôle nucléaire

RAPPORT AU ROI

Sire,

Nous avons l'honneur de soumettre à la signature de Votre Majesté un arrêté royal relatif aux infrastructures critiques soumises au contrôle de l'Agence fédérale de Contrôle nucléaire.

L'arrêté tend à exécuter les dispositions de la loi du 1^{er} juillet 2011 qui concernent les contrôles des infrastructures critiques visées par l'article 30 de ladite loi, qui insère un article 15*bis* dans la loi du 15 avril 1994 relative à la protection de la population et de l'environnement contre les dangers résultant des rayonnements ionisants et relative à l'Agence fédérale de Contrôle nucléaire.

Cet article étend les compétences de l'Agence fédérale de Contrôle nucléaire (ci-après: l'Agence) aux contrôles de l'application des dispositions de la loi du 1^{er} juillet 2011 "aux éléments d'une installation nucléaire destinée à la production industrielle d'électricité, qui servent au transport de l'électricité et qui ont été désignés comme infrastructure critique en vertu" de ladite loi.

Cette disposition se justifie par le fait que les installations nucléaires sont déjà contrôlées par l'Agence dans les limites fixées par la loi du 15 avril 1994 et ses arrêtés d'exécution. Dans la mesure où des mécanismes de contrôle, par des experts du nucléaire, existent maintenant depuis plusieurs années, il est apparu plus opportun et plus efficace de confier à l'Agence le contrôle du respect par les exploitants des infrastructures critiques visées par l'article 15*bis* de leurs obligations en matière de sécurité des dites infrastructures critiques plutôt que de devoir constituer un nouveau staff d'experts possédant aussi une connaissance approfondie des installations nucléaires de puissance et de leur système de protection physique dont les fondements sont régis par une autre réglementation.

Le fait que l'ensemble des contrôles soit effectué par la même entité garantit aux exploitants des infrastructures critiques visées par l'article 15*bis* une plus grande sécurité juridique. Il permet d'éviter en effet, que certaines des mesures mises en place pour prévenir, retarder et, le cas échéant, répondre aux actes malveillants portant atteinte aux divers composants de l'installation, soient contrôlées par deux inspecteurs différents. Il réduit ainsi à néant le risque de voir se développer des approches et des exigences différentes voire même parfois contradictoires.

De plus, dans l'exacte mesure où l'exploitant de l'installation nucléaire est concerné par la sécurisation de l'infrastructure critique, il peut mieux intégrer tant au plan administratif que technique les aspects de la sécurisation de l'installation critique dont il est responsable dans